

Projektmeldung | Ruanda | Wasser und Umwelt

## Sustainable Water Supply and Sanitation Program

insb. Infrastrukturinvestitionen

### Finanzierungsbewilligung

14.03.2018

<b>Land:</b>	Ruanda
<b>Finanzierung:</b>	Banque Africaine de Développement (BAD)
<b>Kategorie:</b>	Wasser und Umwelt
<b>Träger:</b>	Water & Sanitation Corporation Limited (WASAC)

Die Afrikanische Entwicklungsbank (BAD) unterstützt ein Entwicklungsvorhaben in Ruanda. Ziel des Projekts ist die Verbesserung der Wasserver- und Abwasser- und Abfallentsorgung in der Hauptstadt Kigali und in den Satellitenstädten Rubavu, Rusizi, Nyagatare, Muhanga, Huye, Musanze und Karongi. Vorgesehen sind schwerpunktmäßig Infrastrukturinvestitionen in Leitungsnetze, Wasserspeichertanks, Kläranlagen, Zähler sowie Sanitäreinrichtungen in Schulen. Darüber sind institutionelle Unterstützung geplant. In diesem Rahmen sollen Mitarbeiter geschult, Zentrallabore gebaut sowie ein Umwelt- und Sozialmanagementplan umgesetzt werden.

### Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

### **Mehr zu:**

Ruanda

Wasser und Umwelt / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Wasserversorgung, Bewässerung / Abwasserentsorgung, Entwässerung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Abfallentsorgung, Recycling / Privatisierungsvorhaben / Bau, übergreifend / Baustoffe, Glas, Keramik / Architektur, Ingenieurdienstleistungen / Labortechnik (ohne Medizin) / Umwelttechnik, übergreifend / Fortbildung, Schulung / Medizinische Labortechnik, -bedarf / Umweltverträglichkeit / Sozialverträglichkeit  
Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.